Zwischen der Firma ……………………………………………………… [*Firmenbezeichnung und Anschrift*]

(im Folgenden kurz „Arbeitgeber/in“)

und Frau/Herrn ……………………………………………………… [*Name und Anschrift*]

(im Folgenden kurz „Arbeitnehmer/in“)

wird folgende

**Vereinbarung über eine steuerfreie Gewinnbeteiligung (§ 3 Abs. 1 Z. 35 EStG)**

geschlossen:

**1. Zusage einer Gewinnbeteiligung**

Der/Die Arbeitnehmer/in wird am wirtschaftlichen Erfolg des Unternehmens beteiligt. Für das Wirtschaftsjahr ………… (Zeitraum vom ……………………… [*Datum*] bis ……………………… [*Datum*]), wird dem/der Arbeitnehmer/in daher eine Gewinnbeteiligung zugesagt. Die gegenständliche Gewinnbeteiligung ist als steuerfreie Leistung gemäß § 3 Abs. 1 Z. 35 EStG konzipiert und die Zusage erfolgt aus diesem Grund unter dem ausdrücklichen Vorbehalt, dass sämtliche Voraussetzungen für die Steuerfreiheit vorliegen. Dementsprechend erklären die Vertragsparteien ihren übereinstimmenden Willen, alles in ihrer Macht Stehende zu unternehmen, um die Einhaltung der gemäß § 3 Abs. 1 Z. 35 EStG vorgeschriebenen Voraussetzungen für die Steuerfreiheit sicherzustellen:

* Die Steuerfreiheit der Gewinnbeteiligung ist pro Arbeitnehmer mit maximal € 3.000,00 im Kalenderjahr begrenzt.
* Die Gewinnbeteiligung muss allen Arbeitnehmern oder bestimmten Gruppen von Arbeitnehmern gewährt werden.
* Die Gewinnbeteiligung ist nur insoweit steuerfrei, als die Summe der an sämtliche betroffene Arbeitnehmer jährlich gewährten Gewinnbeteiligungen das unternehmensrechtliche Ergebnis vor Zinsen und Steuern (EBIT) der im letzten Kalenderjahr endenden Wirtschaftsjahre nicht übersteigt.
* Die Zahlung der Gewinnbeteiligung darf nicht aufgrund einer lohngestaltenden Vorschrift gemäß § 68 Abs. 5 Z. 1 bis 6 EStG beruhen. Es darf sich somit insbesondere um keinen kollektivvertraglich vorgesehenen Anspruch handeln.
* Die Gewinnbeteiligung darf nicht anstelle des bisher gezahlten Arbeitslohns oder einer üblichen Lohnerhöhung geleistet werden.

Es wird darauf hingewiesen, dass die Steuerfreiheit der Gewinnbeteiligung nur für die Einkommensteuer bzw. Lohnsteuer gilt und die Gewinnbeteiligung daher im Bereich der Sozialversicherung beitragspflichtig ist (§ 49 Abs. 1 und 2 ASVG).

**2. Höhe der Gewinnbeteiligung**

Die Gewinnbeteiligung gebührt in Höhe von …………………… % des Gewinns vor Zinsaufwand und Steuern = EBIT (Earnings before interest and taxes)\*

[*ODER:*]

Die Gewinnbeteiligung gebührt in Höhe von …………………… % des Gewinns laut Jahresabschluss\*

[*ODER:*]

Die Gewinnbeteiligung gebührt als Fixbetrag, der auf Basis des provisorisch ermittelten Vorjahresgewinns kalkuliert wurde, in Höhe von € ……………………\*

*\*Nichtzutreffende Varianten streichen*

**3. Feststellung der Erfüllung der Voraussetzungen**

Die Feststellung der Erfüllung aller Voraussetzungen für die Steuerbefreiung (insbesondere die Nichtüberschreitung des EBIT durch die Gesamtsumme aller Gewinnbeteiligungen), die gemäß den vorstehenden Konditionen zugleich als Voraussetzung für die Gewährung der zugesagten Gewinnbeteiligung gilt, erfolgt durch die Geschäftsleitung spätestens bis zum ……………………… [*Datum*].

**4. Abrechnung und Auszahlung der Gewinnbeteiligung**

Die Gewinnbeteiligung wird im Falle der Feststellung der Erfüllung der Voraussetzungen mit der nächstfolgenden monatlichen Gehaltsverrechnung abgerechnet und zur Auszahlung gebracht.

**5. Gewinnbeteiligung bei unterjährigem Ein-/Austritt oder ruhendem Dienstverhältnis**

Sofern der/die Arbeitnehmer/in während des der Gewinnbeteiligung zugrunde liegenden Wirtschaftsjahres ein- oder ausgetreten ist, gebührt die Gewinnbeteiligung im aliquoten Ausmaß. Eine Aliquotierung erfolgt auch bei unterjährigem Ruhen des Dienstverhältnisses (z.B. Bildungskarenz, unbezahlter Urlaub etc.) in dem der Gewinnbeteiligung zugrunde liegenden Wirtschaftsjahr.

**6. Künftige Gewinnbeteiligungen**

Diese Vereinbarung regelt nur die Gewinnbeteiligung für das im Punkt 1 genannte Wirtschaftsjahr. Allfällige Gewinnbeteiligungen für folgende Jahre sind durch gesonderte Vereinbarungen zu regeln, auf deren Abschluss jedoch kein Anspruch besteht. Der/Die Arbeitnehmer/in kann aus der Zahlung aufgrund der gegenständlichen Gewinnbeteiligungsvereinbarung keinen Rechtsanspruch für zukünftige Gewinnbeteiligungen durch den/die Arbeitgeber/in ableiten.

............................................................
Ort, Datum

............................................................ ............................................................ Unterschrift Arbeitgeber/in Unterschrift Arbeitnehmer/in